

Eine Währung sucht ihren Weg

Wechselkurse. Der Euro fällt und fällt – das macht kaum jemanden so nervös wie die jahrzehntelang an ihre harte D-Mark gewöhnten Deutschen. Aller Voraussicht nach wird die europäische Währung zwar erst einmal weiter an Wert verlieren – doch das hat auch seine guten Seiten.

Am Tag nach der Wahl in Griechenland rutschte der Euro zwischenzeitlich unter die Marke von 1,11 Dollar – so niedrig notierte die Gemeinschaftswährung zuletzt im September 2003. Zwar hatten die Märkte den Regierungswechsel in Athen schon am nächsten Tag abge-

hakt, doch am derzeitigen Trend ändert das nichts (Grafik Seite 2):

Seit Mai 2014 verliert der Euro gegenüber dem Dollar fast ununterbrochen an Wert – der Verlust addiert sich mittlerweile auf fast 19 Prozent.

Mit rund 1,13 Dollar ist der Euro Anfang Februar 2015 sogar weniger

wert als bei seinem Borsendebut am 4. Januar 1999.

Die Gründe für diesen Wertverfall allein in der Schuldenkrise zu suchen beziehungsweise in jenen Maßnahmen, mit denen die Europäische Zentralbank (EZB) diese Krise und deren Folgen bekämpft, greift allerdings zu kurz. Denn tatsächlich ist das nur ein Teil der Wahrheit – Fakt ist nämlich auch:

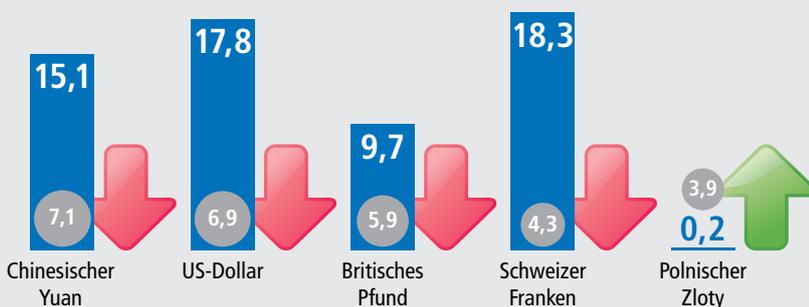
Europa und die USA driften ökonomisch auseinander. Während sich der Aufschwung in den USA weiter gefestigt hat – im vergangenen Jahr legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,4 Prozent zu –, bleibt die wirtschaftliche Lage im Euroraum weiterhin fragil. Zwar haben die meisten Krisenländer inzwischen die Kurve gekriegt (vgl. iwd 4/2015). Doch von einem Aufschwung kann noch nicht die Rede sein. Die Erholung im Euroraum verläuft schleppend, die Wachstumsrate des realen BIP blieb im vergangenen Jahr weit unter 1 Prozent.

Europa und die USA verfolgen eine unterschiedliche Geldpolitik. →

Der Euro fällt

Von den zehn wichtigsten Handelspartnern Deutschlands haben fünf eine andere Währung als den Euro. Gegenüber den Währungen dieser Länder hat der Euro seit Ende Januar 2014 um so viel Prozent abgewertet ↓ oder aufgewertet ↑

■ Anteil des Landes am deutschen Warenhandel in Prozent



Anteile am Warenhandel: Stand 2013; Ursprungsdaten: EZB, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 6

Inhalt

Kaufkraftargument. Lohnzuwächse bringen der heimischen Wirtschaft wenig: Von 100 Euro Zusatzeinkommen wandern im Durchschnitt gerade mal 27,50 Euro in den inländischen Konsum.
Seite 3

Deutsch-russische Beziehungen. Die Ukraine-Krise sowie die schwächelnde russische Wirtschaft belasten den Außenhandel zwischen Berlin und Moskau.
Seite 4-5

Reallohntwicklung. Auch in diesem Jahr dürften die Reallöhne in Deutschland wieder steigen, denn die Teuerung bleibt weiter niedrig.
Seite 6-7

Pkw-Produktion. Die deutschen Autohersteller produzierten 2014 fast 15 Millionen Pkw, das entspricht 20 Prozent des Weltmarkts. Allein die Auslandsproduktion hat sich seit 2005 mehr als verdoppelt.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Aufgrund der guten US-Konjunktur hat die amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) angefangen, den Geldhahn langsam zuzudrehen. Ende 2014, also sechs Jahre nach der Lehman-Pleite, stellte sie ihre milliarden schweren Ankäufe von Staatsanleihen und Hypothekenspapieren ein. Zudem rechnen die Märkte damit, dass die Fed im Laufe dieses Jahres die Zinswende einläuten wird – seit 2008 steht der US-Leitzins auf dem historisch niedrigen Niveau von 0 bis 0,25 Prozent.

Die Europäische Zentralbank dagegen setzt ihre ultraexpansive Geldpolitik unbeirrt fort. EZB-Chef Mario Draghi hat sogar angekündigt, die EZB werde bis September 2016 jeden Monat für bis zu 60 Milliarden Euro Staatsanleihen und andere Wertpapiere aufkaufen, um die Preisentwicklung anzukurbeln und so Deflationsgefahren vorzubeugen.

Insgesamt will die EZB für mehr als 1 Billion Euro Wertpapiere auf dem Zweitmarkt aufkaufen – das macht eine weitere Abwertung des Euro sehr wahrscheinlich. In die gleiche Richtung wird auch der im

Laufe des Jahres zu erwartende Zinsanstieg in den USA wirken.

Doch nicht nur der Dollar hängt den Euro ab, auch andere wichtige Währungen zeigen ihm die kalte Schulter (Grafik Seite 1):

Seit Ende Januar 2014 hat der Euro sowohl gegenüber dem Chinesischen Yuan als auch dem Schweizer Franken um jeweils mehr als 15 Prozent abgewertet.

China, Großbritannien und die Schweiz gehören mit den USA und Polen zu jenen Volkswirtschaften, die mit den Euroländern Frankreich, Niederlande, Italien, Österreich und Belgien die Top Ten der deutschen Handelspartner bilden.

Interessant ist der Wechselkursverlauf zwischen Euro und Franken. Die Schweizerische Nationalbank hatte im September 2011 einen Mindestkurs von 1,20 Franken je Euro festgesetzt, weil der damals starke Franken für die heimische Wirtschaft zum Problem geworden war. Da der Euro aber in den Jahren danach mehr und mehr an Wert verlor, wurde es für die Eidgenossen immer aufwendiger, den Kurs des Franken künstlich niedrig zu halten

– sie musste entsprechend viele Franken verkaufen, um Euro zu kaufen.

Anfang dieses Jahres haben die Schweizer die Notbremse gezogen und den Mindestkurs aufgegeben. Prompt verlor der Euro massiv: Er kostete in der ersten Februarwoche nur noch 1,05 Franken.

So beunruhigend die Abwertung des Euro für den einen oder anderen auch sein mag – sie hat auch Vorteile: Ein billigerer Euro begünstigt die Exporte und verbessert somit die Wachstumsperspektiven der Euroländer – was insbesondere in den Krisenländern nötig und deshalb hochwillkommen ist.

Allerdings darf man diesen Effekt auch nicht überschätzen, denn immerhin 44 Prozent des internationalen Handels der Euroländer finden untereinander statt, sind also allenfalls indirekt von Wechselkursen abhängig.

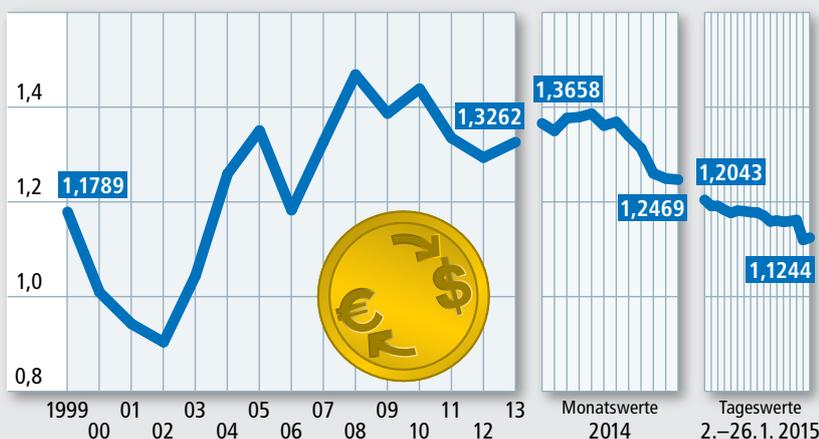
Und was die deutschen Exporte angeht, die ja vor allem aus Kraftfahrzeugen sowie hochwertigen Maschinen und Anlagen bestehen, kommt noch eines hinzu: Ihr Auf und Ab erklärt sich weniger durch Warenpreise und Wechselkurse, sondern vielmehr durch die Konjunktur in den Abnehmerländern.

Ein weiterer Vorteil der Euro-Schwäche ist, dass sie einen positiven Impuls für die Preisentwicklung im Euroraum gibt und somit einer drohenden Deflation vorbeugt. Zwar spiegelt sich die Wechselkursentwicklung nicht eins zu eins in der Entwicklung der Verbraucherpreise wider. Doch eine andauernde Euro-Schwäche wird die Preise von importierten Produkten verteuern.

Solche Preisanpassungsprozesse dauern allerdings einige Zeit, deshalb sind die Effekte erst in einigen Monaten zu erwarten.

Euro-Dollar-Wechselkurs: Auf dem Weg zur Parität

Euro in Dollar jeweils zu Beginn der Periode



Quelle: EZB

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 6

Wenig überzeugend

Kaufkraftargument. Sollten die Gewerkschaften in den aktuellen Tarifverhandlungen übermäßige Lohnerhöhungen durchsetzen, wäre das ohnehin geringe Wachstum der deutschen Wirtschaft gefährdet. Als Turbo für die Kaufkraft taugen Lohnzuwächse ohnehin kaum.

Das Umfeld für die deutsche Wirtschaft ist derzeit alles andere als einfach. Die Krise zwischen der Ukraine und Russland schwelt nach wie vor und das Ergebnis der Wahlen in Griechenland setzt hinter die weitere Entwicklung im Euroraum neue Fragezeichen.

Zwar lassen die stark gefallen Ölpreise den deutschen Verbrauchern mehr Geld für andere Ausgaben übrig und die Abwertung des Euro – unter anderem gegenüber dem Dollar – verbilligt deutsche Produkte in vielen Ländern (vgl. Seite 1-2). Die Kehrseite des schwächeren Euro ist aber, dass Deutschland mehr für importierte Konsum- und Vorleistungsgüter zahlen muss. Unter dem Strich heißt das:

In diesem Jahr kann Deutschland nur mit einem realen Wirtschaftswachstum von etwa 1 bis 1,5 Prozent rechnen.

Jegliche zusätzliche Belastung der Konjunktur verbietet sich da eigentlich von selbst.

Dennoch fordern mehrere Gewerkschaften derzeit üppige Tariflohnzuwächse (vgl. iwD 1/2015 und 4/2015). Als Begründung ist oft das sogenannte Kaufkraftargument zu hören. Demnach würden kräftige Lohnsteigerungen die Konjunktur im Inland stärken.

Lohnerhöhung: Was bei der deutschen Wirtschaft ankommt

Lesebeispiel: Von einer Lohnerhöhung um 100 Euro bleiben einem Single 27,50 Euro, um zusätzliche inländische Konsumgüter nachzufragen

im Jahr 2015
in Euro



	Verheiratet, 2 Kinder	Single
Bruttolohnerhöhung	100	100
- Lohnsteuer, Kirchensteuer, Soli	21.30	29.30
- Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	20.20	20.50
= Nettolohnerhöhung	58.40	50.20
- Ersparnis	5.30	4.60
- Konsum von Importwaren	21.10	18.20
= Nachfrageplus nach inländischen Konsumgütern	32.00	27.50

Annahmen: Bruttomonatsverdienst nach Erhöhung von 2.660 Euro; Single kinderlos ab einem Alter von 23 Jahren; Ursprungsdaten: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien
IWD 6 - Foto: MEY

Dabei wird unterstellt, dass mit den individuellen Lohnerhöhungen auch die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme wächst. Das würde den Konsum ankurbeln, was in der Konsumgüterindustrie für mehr Jobs und Investitionen Sorge. Letzteres führe dann auch in den Investitionsgüterbranchen – also zum Beispiel im Maschinenbau – zu einer steigenden Produktion und zusätzlichen Arbeitsplätzen. Dies ließe die Summe aller Löhne und damit auch den Konsum weiter zunehmen.

Doch so überzeugend dies auf den ersten Blick klingen mag – bei näherem Hinsehen droht der Konjunktur eher ein erheblicher Schaden. Das hat mehrere Gründe:

- **Steigende Kosten für die Unternehmen.** Gehaltsanhebungen bedeuten für die jeweiligen Unternehmen höhere Produktionskosten – zusätzlich zur Verteuerung importierter Vorleistungen durch die Euro-Abwertung. Zugleich wird der Vorteil, den der schwache Euro den exportorientierten heimischen Industriebetrieben auf dem Weltmarkt beschert,

durch die steigenden Lohnkosten zunichte gemacht.

- **Drohende Arbeitsplatzverluste.** Die geschwächte Wettbewerbsposition der Unternehmen durch höhere Löhne kann schließlich sogar zu einem Abbau von Jobs führen. Eventuell geht die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme dann sogar zurück und der Konsum schrumpft.

- **Starke Sickereffekte.** Doch auch wenn man den Blick auf den einzelnen Arbeitnehmer beschränkt, kommt dessen Lohnplus am Ende nur zu einem kleinen Teil der deutschen Wirtschaft zugute (Grafik):

Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern, der 2.560 Euro brutto im Monat verdient, gibt von 100 Euro Lohnerhöhung im Schnitt nur 32 Euro für inländische Konsumgüter aus – bei einem Single sind es sogar nur 27,50 Euro.

Der „Rest“ fließt in Form von Steuern und Sozialabgaben an den Staat, wandert aufs Sparkonto oder landet durch den Kauf von Importgütern in den Kassen ausländischer Firmen.

Немецко-российские

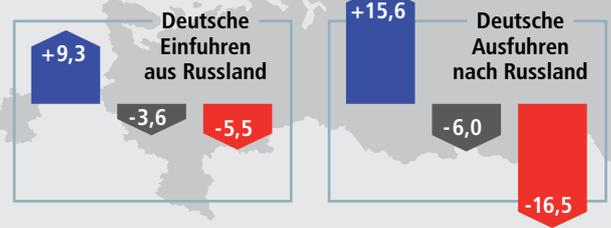
Zwischen Berlin und Moskau bestehen ebenso lange wie enge wirtschaftliche Beziehungen. Das Warenhandelsvolumen zwischen beiden Ländern addierte sich 2013 auf 76,5 Milliarden Euro – davon entfielen rund 36 Milliarden Euro auf deutsche Exporte nach Russland und gut 40 Milliarden Euro auf deutsche Importe aus Russland. Seit dem Ausbruch des Ukraine-Konflikts im vergangenen Jahr und den Wirtschaftssanktionen durch die EU ist der bilaterale Handel jedoch belastet. Zu den Sanktionen zählen diverse Exportverbote für europäische Produkte, zum Beispiel Technologien zur Erdölförderung, ein beschränkter Zugang russischer Unternehmen zum internationalen Kapitalmarkt sowie Konten- und Einreisesperren. Doch Russlands Wirtschaft strauchelt nicht nur über die Konsequenzen, die sich angesichts der Ukraine-Krise ergeben – auch der fallende Ölpreis sowie Struktur- und Währungsprobleme treiben die Russische Föderation in eine Wirtschaftskrise.

Der Handel

So hat sich der Warenhandel zwischen Deutschland und Russland seit dem Ukraine-Konflikt, der im Februar 2014 zu eskalieren begann, entwickelt ...

Veränderung des Handelsvolumens in Prozent

■ Jahresdurchschnittliches Wachstum 2000–2012 ■ 2013 gegenüber über 2012 ■ Januar bis Oktober 2014 gegenüber demselben Zeitraum 2013



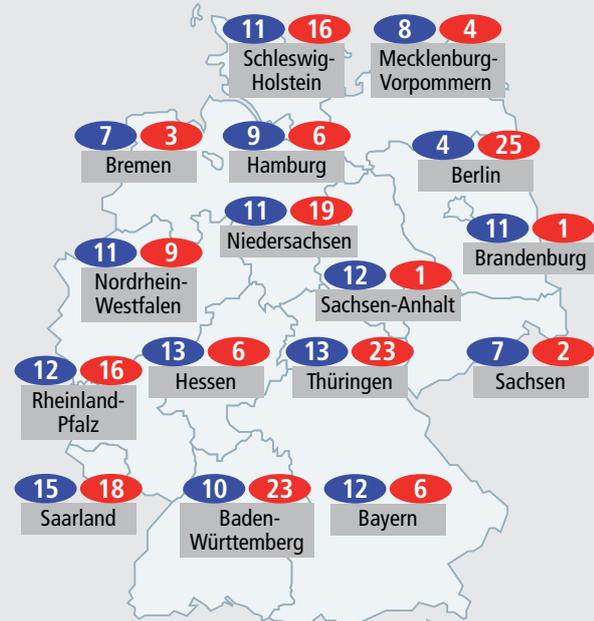
Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2015 IW Medien - Iwd 6

Der Handel nach Bundesländern

Von allen Staaten weltweit, mit denen die einzelnen Bundesländer Außenhandel betreiben, rangiert Russland auf Platz ...

■ ... bei den Warenexporten ■ ... bei den Warenimporten



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2015 IW Medien - Iwd 6

Russland belegt auf der Liste der für Deutschland wichtigsten Exportzielländer Platz elf. Im Jahr 2013 gingen knapp 3,3 Prozent der deutschen Warenexporte dorthin. Besonders wichtig ist Russland für die Exporteure aus Berlin, Bremen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Insgesamt sind rund 6.000 deutsche Firmen in Russland aktiv. Nach Schätzungen des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft hängen in Deutschland mehr als 300.000 Arbeitsplätze vom Exportgeschäft mit Russland ab.

Der deutsch-russische Handel ist nicht erst 2014 mit Ausbruch der Ukraine-Krise ins Stocken geraten, er lahmt bereits seit 2012. Während sich der Rückgang der deutschen Importe aus Russland in Grenzen hält, ist der Export nach Russland aufgrund der EU-Wirtschaftssanktionen und der schwächelnden russischen Wirtschaft deutlich stärker eingebrochen.



ОТНОШЕНИЯ * Deutsch-russische Beziehungen

Der Handel nach Branchen

Diese Güter handelte Deutschland mit Russland – jeweils in Prozent der Warenexporte bzw. -importe

Export			Import		
	Anteil an den Warenexporten im Jahr 2013	Veränderung zwischen Januar und Oktober 2014 gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent		Anteil an den Warenimporten im Jahr 2013	Veränderung zwischen Januar und Oktober 2014 gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent
Maschinen	22,5	-15,6	Erdöl und Erdgas	72,9	-13,5
Kraftwagen und Kraftwagenteile	21,1	-29,3	Kokerei- und Mineralerzeugnisse	11,7	30,4
Chemische Erzeugnisse	8,7	-3,2	Metalle	7,1	-5,0
DV-Geräte, elektrische und optische Erzeugnisse	7,0	-26,7	Kohle	2,4	-7,6
Elektrische Ausrüstungen	7,0	-17,6	Chemische Erzeugnisse	2,2	37,4
Gesamte Warenexporte	36 Milliarden Euro	-16,5	Gesamte Warenimporte	41 Milliarden Euro	-5,8

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

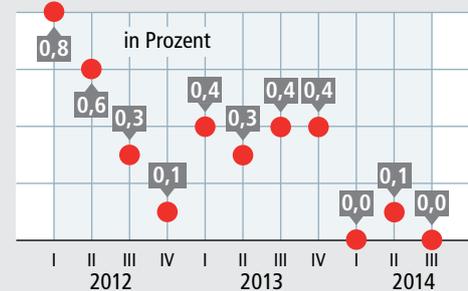
In politisch entspannten Zeiten zeichnet sich der deutsch-russische Handel dadurch aus, dass vor allem solche Güter die Ländergrenzen passieren, die im jeweiligen Empfängerland knapp sind: Russland kauft in Deutschland primär Maschinen sowie Autos und Autoteile ein, Deutschland importiert aus Russland in erster Linie natürliche Ressourcen wie Erdöl und -gas. Die Russische Föderation ist somit der wichtigste Erdöl- und Erdgaslieferant für Deutschland.

Zuletzt ist der Handel jedoch – auch aufgrund der beiderseitig verhängten wirtschaftlichen Sanktionen – in vielen Gütergruppen massiv zurückgegangen: Deutschland exportierte in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 für 1,9 Milliarden Euro weniger Autos und Autoteile nach Russland als im Vorjahreszeitraum. Umgekehrt gingen die Importe von Öl, Gas und Kohle nach Deutschland zurück. Andere Güter dagegen, wie sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien, kauft die deutsche Wirtschaft in jüngster Zeit verstärkt in Russland ein.



Russland am Rande der Rezession

Wachstum des realen BIP gegenüber dem Vorquartal



Quelle: OECD

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwvd 6

Schon seit einigen Jahren zeigt die russische Wirtschaft Schwächen, aktuell bewegt sie sich am Rande der Rezession. Das hat mehrere Ursachen: Neben den Wirtschaftssanktionen, die die EU gegen Moskau aufgrund des Ukraine-Konflikts verhängt hat, sind dies der niedrige Erdölpreis und der fallende Rubelkurs. Hinzu kommen ungelöste Strukturprobleme und eine mangelnde Investitionstätigkeit.

Es blieb mehr in der Tasche

Reallohntwicklung. Gewerkschafter und Politiker behaupten immer wieder, dass der Aufschwung bei den Beschäftigten nicht ankomme, weil die Inflation die Lohnzuwächse auffresse. Doch davon kann schon länger keine Rede sein.

Als Gerhard Schröder im März 2003 die Agenda 2010 vorstellte, galt Deutschland noch als der kranke Mann Europas. Es gab fünf Millionen Arbeitslose und die Wirtschaft stagnierte. Inzwischen ist das Land zur Konjunkturlokomotive Europas geworden, wenngleich sich das Tempo seit dem Frühjahr 2013 spürbar verlangsamt hat.

Gleichzeitig eilt die Bundesrepublik von einem Beschäftigungsrekord zum nächsten, wobei sich die gute Arbeitsmarktentwicklung auch in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit niederschlägt: Die Zahl der Arbeitslosen sank im Jahr 2014 auf 2,9 Millionen.

Neben den durch die Agenda 2010 angestoßenen Arbeitsmarktreformen hat vor allem eine verantwortungsvolle Tarifpolitik geholfen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen zu verbessern und dadurch Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern. Nach den Fehlern im Zuge der Wiedervereinigung – die Löhne stiegen vor allem im Osten teils mit zweistelligen Raten, um das hohe Westniveau zu erreichen – schalteten die Gewerkschaften

ten Mitte der 1990er Jahre einen Gang zurück.

Deutschland wurde in der Folge wieder wettbewerbsfähig. Allerdings rief die moderate Lohnpolitik auch Kritiker auf den Plan. Immer wieder wurde bemängelt, der Aufschwung hänge zu sehr am Export und die Beschäftigten hätten zu wenig in der Lohntüte, weil deren Lohnzuwächse regelmäßig von der Inflation aufgezehrt würden. Das aber stimmt so nicht, wenn man sich einzelne Perioden und Branchen ansieht:

Aufschwung 2006 bis Frühjahr 2008. Tatsächlich blieb die Reallohntwicklung in diesem Zeitraum verhalten (Grafik). Preisbereinigt lagen die Tarifföhne für die Gesamtwirtschaft im Jahr 2008 sogar geringfügig unter dem Niveau von 2005. Etwas besser sah es im größten deutschen Industriezweig aus:

In der M+E-Industrie stiegen die Tarifföhne zwischen 2005 und 2008 real immerhin um 3,3 Prozent.

Krise 2008/2009 bis heute. Die Wirtschaftskrise schlug in der Industrie derart heftig zu, dass die IG Metall 2010 erstmals darauf verzichtete, überhaupt eine Lohnforderung

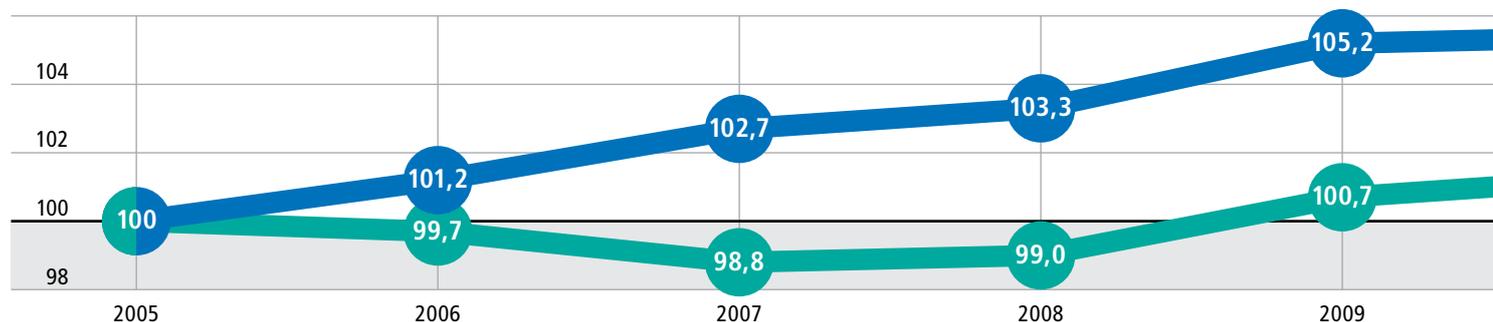
zu stellen. Diese vorübergehende Zurückhaltung – die sich auch in anderen Branchen zeigte – bremste die Lohndynamik zwischen 2010 und 2011.

In den vergangenen drei Jahren legten die Tarifföhne aber überall wieder deutlich zu. Und weil die Preise inzwischen kaum noch steigen, gab es bei den Reallöhnen seit 2012 ein Plus von 3,1 Prozent. Das war der höchste Zuwachs seit 1995.

Unter dem Strich haben die Arbeitnehmer also seit der Rezession Boden gutgemacht. Über alle Branchen hinweg verdienen die Beschäftigten heute real 5,7 Prozent mehr als im Jahr 2008. Dabei fiel das tarifliche Plus im Verarbeitenden Gewerbe größer aus als in vielen Dienstleistungsbereichen.

Die realen Tarifföhne stiegen in der M+E-Industrie seit 2008 um 7,5 Prozent – gegenüber dem Jahr 2005 liegt das Plus sogar bei 11 Prozent.

Wachsende Beschäftigung und steigende Reallöhne haben den Konsum stimuliert und das Wachstum damit auf eine breitere Grundlage gestellt. Und da die Teuerung vorerst niedrig bleiben dürfte, werden die Reallöhne auch 2015 steigen. Sollten die Gewerkschaften aber den Bogen überspannen, wird dies die Beschäftigungsdynamik bremsen.



Das Einmaleins der Kostenrechnung

Die Arbeitgeberverbände rechnen während und nach Tarifverhandlungen mit spitzem Bleistift, was ein Abschluss die Unternehmen unter dem Strich kostet. Dabei unterscheiden sie zwischen einer kalenderjährlichen und einer laufzeitbezogenen Rechnung. Während letztere – wie der Name schon sagt – die Belastung über die gesamte Laufzeit eines Tarifvertrags ergibt, wird bei der ersten kalkuliert, wie sich die Kosten eines Abschlusses auf ein einziges Jahr verteilen. Aus dieser Perspektive macht es einen Unterschied, ob eine 3-prozentige Lohnerhöhung schon gleich am Jahresbeginn wirksam wird oder erst im Jahresverlauf. Andererseits kann es – so der Fachbegriff – Vorbelastungen aus dem zurückliegenden Abschluss geben.

Kalenderjahresrechnung. Wie eine Vorbelastung aus dem vorangegangenen Tarifabschluss entsteht, lässt sich anhand eines aktuellen Beispiels veranschaulichen. So wurde in der M+E-Industrie 2013 vereinbart, die Tabellenwerte zum Juli 2013 um 3,4 und im Mai 2014 um weitere 2,2 Prozent anzuheben. Für das Jahr 2015 ergibt sich daraus rein rechnerisch ein statistischer Überhang, wenn man monatliche Indexwerte berechnet (Tabelle).

Ausgangspunkt ist der Dezember des Jahres 2014, in dem der alte Tarifvertrag ausgelaufen ist. Dieser Monat wird gleich 100 gesetzt. Da die letzte Anhebung vom Mai 2014 datiert, liegt der Index zwischen Mai und Dezember bei 100. Für die Vormonate Januar bis April 2014 folgt daraus auf-

Tarifrunde 2015: Wie die Experten rechnen

Die Arbeitgeber bieten in der M+E-Tarifrunde 2015 ab März 2,2 Prozent mehr Lohn. Käme es zu einem Abschluss in dieser Höhe, ergäbe sich durch den Überhang im März und April 2015 auf das Kalenderjahr gerechnet damit eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 2,6 Prozent.

Monatlicher Anstieg der tariflichen Grundvergütung, Mai 2014 = 100

	2014	Entgelterhöhung in Prozent	2015	Entgelterhöhung in Prozent	Monatliche Differenz zu 2014 in Prozent
Januar	97,8		100	Nullmonat	2,2
Februar	97,8		100	Nullmonat	2,2
März	97,8		102,2	2,2	4,45
April	97,8		102,2	(Arbeitgeberangebot)	4,45
Mai	100	2,2	102,2		2,2
Juni	100		102,2		2,2
Juli	100		102,2		2,2
August	100		102,2		2,2
September	100		102,2		2,2
Oktober	100		102,2		2,2
November	100		102,2		2,2
Dezember	100		102,2		2,2
Durchschnittliche Belastung					2,6

ohne Sonderzahlungen; Quelle: IW-Berechnungen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 6

grund der Lohnerhöhung von 2,2 Prozent ein Indexwert von 97,8.

Die Arbeitgeber haben jetzt ein Angebot vorgelegt, das nach zwei Nullmonaten eine Entgeltsteigerung um 2,2 Prozent ab März 2015 vorsieht. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen.

Die neue Lohnerhöhung hievt die bereits in den Monaten Januar bis April bestehende Vorbelastung von 2,2 Prozent in den Monaten März und April 2015 gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat auf 4,45 Prozent. Ab Mai 2015 liegt die Differenz wieder bei 2,2 Prozent. Bezogen auf das Gesamtjahr ergibt sich ohne Sonderzahlungen eine durchschnittliche Kostenbelastung von fast 2,6 Prozent.

Setzt man die Forderung der IG Metall – sie will rückwirkend ab Januar 2015 stolze 5,5 Prozent mehr Geld – in diese Rechnung ein, stiege der Index ab Januar auf 105,5. Damit läge er zwischen Januar und April sogar um 7,9 Prozent über dem Vorjahreswert. Bezogen auf das gesamte Kalenderjahr ergäbe sich ein Lohnkostenanstieg von 6,3 Prozent.

Laufzeitrechnung. Hierbei werden die ersten zwölf Monate eines neuen Tarifvertrags mit den zwölf vorausgehenden Monaten verglichen. Da die Laufzeit im hier gewählten Beispiel im Januar beginnt und genau ein Kalenderjahr umfasst, ergibt sich dieselbe Belastung wie bei der Kalenderjahresrechnung.

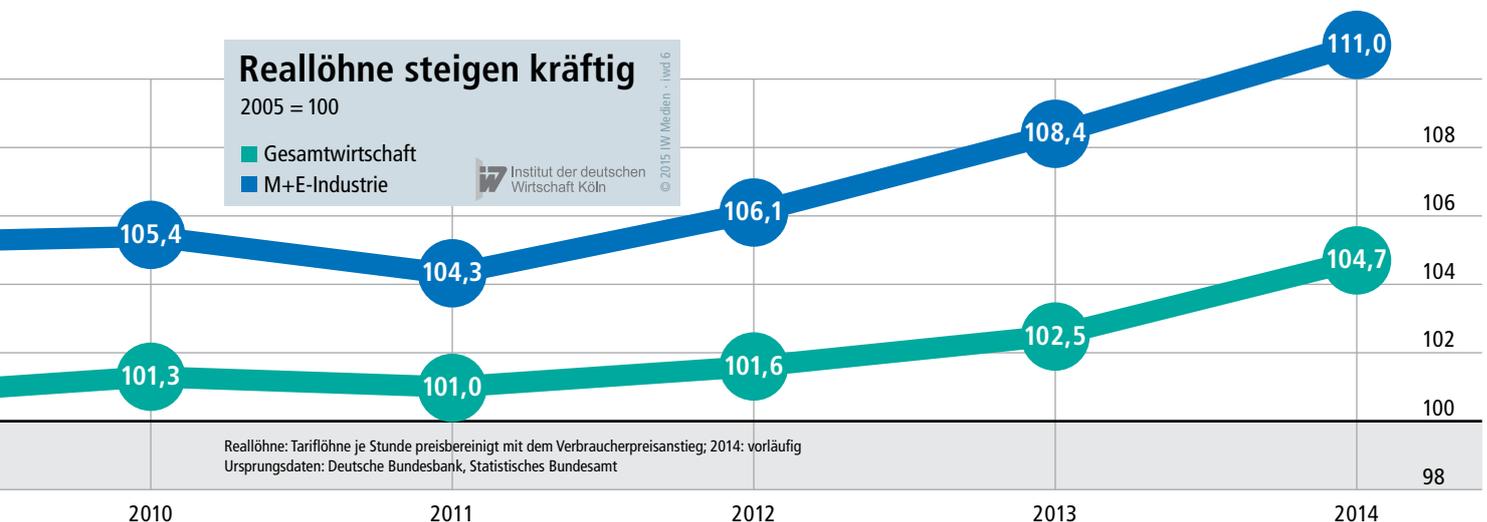
Reallöhne steigen kräftig

2005 = 100

■ Gesamtwirtschaft
■ M+E-Industrie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 6



Erfolgreiche Doppelstrategie

Pkw-Produktion. Die deutschen Autohersteller blicken auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Mit 14,7 Millionen im In- und Ausland produzierten Pkw kamen sie 2014 auf einen Weltmarktanteil von fast 20 Prozent. Ein wesentlicher Grund für die Stärke der deutschen Hersteller liegt in einer konsequenten Globalisierungsstrategie.

Im Jahr 2014 wurden in Deutschland 5,55 Millionen Pkw produziert, das waren 2 Prozent mehr als im Jahr davor. Über zehn Jahre hinweg gesehen ist die Inlandsproduktion – abgesehen von kleineren Ausschlägen nach oben und unten – stabil geblieben (Grafik).

Unter den traditionellen Automobilländern nimmt Deutschland damit eine Sonderstellung ein. Während die Krise im Jahr 2009 hierzu führte, die bereits 2010 wieder ausgeglichen war, brach die Autoproduktion in Japan und den USA um

rund ein Drittel ein – und das Vorkrisenniveau ist bis heute nicht wieder erreicht worden.

Noch größere Sorgen haben die traditionellen europäischen Autohersteller, wobei deren Niedergang bereits vor der Finanzkrise begann:

In Italien sank die Pkw-Produktion in den Jahren 2000 bis 2013 um insgesamt 73 Prozent und in Frankreich um 49 Prozent.

Damit stellt sich die Frage, warum der Automobilstandort Deutschland so viel besser durch das vergangene Jahrzehnt gekommen ist als die Konkurrenz. Ein wesentliches Erfolgsgeheimnis liegt in der Modellpolitik. Premium-Fahrzeuge, eine Spezialität deutscher Hersteller, sind nicht nur zu Hause, sondern weltweit gefragt.

Mehr als 75 Prozent der deutschen Pkw-Produktion werden exportiert, vor allem in EU-Länder.

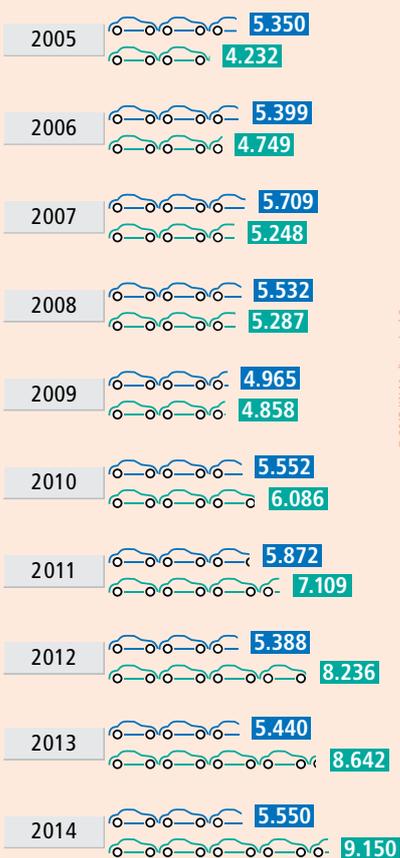
Darüber hinaus sind die deutschen Hersteller auch auf den wichtigsten Wachstumsmärkten mit eigenen Werken präsent. Das zahlt sich aus: Die Auslandsproduktion deutscher Pkw-Hersteller hat sich seit 2005 mehr als verdoppelt und überschritt im Jahr 2014 erstmals die Marke von 9 Millionen.

Dabei werden vor allem die kleineren und billigeren Fahrzeuge der Stadtauto-Klasse im Ausland hergestellt. So rollten im Jahr 2013 mehr

Auslandsproduktion wächst

Pkw-Produktion deutscher Hersteller in 1.000

■ im Inland ■ im Ausland



Quelle: Verband der Automobilindustrie

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwd 6

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iw.köln.wissen
SCHAFFT KOMPETENZ.

als 90 Prozent der von deutschen Herstellern gebauten Miniflitzer andernorts vom Band. In der Oberklasse von Mercedes, Audi, BMW und Co. betrug der Anteil der Auslandsproduktion dagegen nur etwas mehr als 6 Prozent.